

Freitag, 05. Mai 2023, Frankfurter Neue Presse / Lokales

# Wirtschaft sieht Hemmnis für Autoverkehr - Frankfurt soll beim Thema Inklusion aufholen - Stadt organisiert „Stolz-Monat“ - Keine Kürzungen für freie Szene

IHK und Handwerkskammer kritisieren Masterplan Mobilität wegen Parkplatzwegfall - SPD will Stadtrand fördern - Podiumsdiskussion mit Sozialdezernentin Elke Voitl über die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention



Inklusionsforscherin Vera Moser kritisiert die Inklusionsrate an Schulen als Augenwischerei.  
FOTO: monika Müller

**Frankfurt** - Die Interessensvertretungen von Wirtschaft und Handwerk in Frankfurt kritisieren den städtischen Masterplan Mobilität, weil er nicht ausreichend die Menschen berücksichtigt, die mit dem Auto zur Arbeit nach Frankfurt fahren.

„Wie sollen die Firmen weiterhin für ihre pendelnden Fachkräfte erreichbar sein, wenn diese keine brauchbare Alternative zum eigenen Auto haben und gleichzeitig die Einfahrt in die Stadt für den motorisierten Verkehr immer weiter erschwert wird?“, fragt Ulrich Caspar, Präsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt (IHK). Die Stadt sei zu langsam beim Aufbau von Park-and-ride-Plätzen an Bahnstationen. Die IHK Frankfurt vertritt auch die Interessen der Firmen im Hochtaunuskreis und Main-Taunus-Kreis.

Susanne Haus, Präsidentin der Handwerkskammer Frankfurt/Rhein-Main, betont, Handwerker müssten mit ihren Fahrzeugen als rollende Werkstätten weiterhin Parkplätze finden. Ein Handwerkerparkausweis helfe wenig, wenn es zu wenige Parkplätze gebe.

Das Verkehrsdezernat hat am Mittwoch den 200 Seiten starken Masterplan Mobilität vorgestellt, der unter hoher Bürgerbeteiligung entstanden ist. Er sieht ein Leitbild für eine umweltverträgliche Mobilitätswende vor sowie Teilstrategien, wie die Mobilitätswende erreicht werden kann. Resümierend hält der Plan mehrere Schlüsselprojekte fest.

Dazu zählen die Erhöhung der Gebühren fürs Parken, der Ausbau des Bewohnerparkens, die Einrichtung autoarmer Straßen, der Ausbau von Radhauptachsen, mehr Park-and-ride- und Bike-and-ride-Plätze, Barrierefreiheit im Fußverkehr, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Beschleunigung des Nahverkehrs an Ampeln, die Beteiligung des Kfz-Verkehrs an den Kosten, die er verursacht, sowie stadtverträgliche Lieferkonzepte.

Zu den stadtverträglichen Lieferkonzepten zählen Lieferzonen, Mikrodepots, Paketstationen, eine Gütertram, elektrische statt konventionelle Lieferfahrzeuge, ein Verkehrsmodell, um Verkehr zu erfassen, sowie ein digitaler Logistikleitstand, um die Verkehrsströme zu lenken. Ein städtischer Wirtschaftsverkehrsbeauftragter soll die Umsetzung begleiten.

„Die Einfahrt durch den motorisierten Verkehr kann nur aufrecht gehalten werden, wenn mehr Personen die flächeneffizienteren Verkehrsarten Fuß, Rad und ÖPNV benutzen“, hält Heiko Nickel aus dem Verkehrsdezernat fest, der den Masterplan koordiniert hat. Wenn nur ein Bruchteil der Menschen, die aktuell mit dem Umweltverbund unterwegs seien, mit dem Auto fahren würden, käme der Kfz-Verkehr zum Erliegen. So würde die Förderung des Autoverkehrs paradoxerweise dem Kfz-Verkehrsfluss schaden.

Kristina Luxen, verkehrspolitische Sprecherin der SPD im Römer, lobt die hohe Bürgerbeteiligung beim Masterplan und die inhaltliche Ausrichtung zur Mobilitätswende. Neben dem Ausbau des Park-and-ride-Systems mahnt sie,

den Stadtrand nicht zu vernachlässigen. Dort gehe der Ausbau des Radnetzes schleppender voran als in der Innenstadt. fle

**Frankfurt** - Bei einer Diskussionsrunde des Kuratoriums Kulturelles Frankfurt am Mittwochabend anlässlich des 15. Jahrestags der UN-Behindertenkonvention ging es um die Frage, wie weit Frankfurt bei der Inklusion bereits ist. Am Ende stand fest: Es geht noch mehr. Dafür müsse man am heutigen Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, aber auch an allen anderen Tagen kämpfen.

Zunächst kritisierte die Inklusionsforscherin Vera Moser die Inklusionsrate an Schulen als Augenwischerei. Seit 2008 ist die Zahl der Kinder mit Förderbedarf, die auf eine Regelschule gehen, auf 37,7 Prozent gestiegen. Dabei seien jedoch nur Kinder, die bereits auf eine Regelschule gingen, „mit dem Etikett Sonderpädagogischer Förderbedarf versehen“ worden. Kinder in Förderschulen blieben, wo sie sind. Es gebe nur einen geringen Transfereffekt. Das sei nicht der Sinn der Konvention.

Kritik äußerte die Forscherin auch an der positiven Darstellung der Wahlfreiheit der Eltern. Sie dürfen zwar aussuchen, ob ihr Kind auf eine Förderschule oder Regelschule gehen soll, doch es sei keine Entscheidung zwischen zwei gleichrangigen Systemen. Die Beschulung auf einer Regelschule sei immer noch ungleich schwerer als an der Förderschule, weil die Spezialschule mit kleineren Klassen, Ferienbetreuung, Schultransport und vollumfänglicher Ganztagsbetreuung mehr Vorteile böte. Das behindere letztlich die Inklusion. Das Festhalten am Förderschulwesen sei juristisch fragwürdig, da es diskriminierend sei, weil ein Großteil der Kinder keinen regulären Schulabschluss erreiche.

Björn Schneider vom Selbstvertreter-Rat der Lebenshilfe erinnerte sich noch an seine Schulzeit von 1989 bis 1999. Er war auf einer Sonderschule in Oberursel, ging gern zur Schule und hat kaum etwas vermisst. Ihn habe nur gestört, dass es zu viel Unterrichtsstoff gab und man deshalb zu wenig Zeit für einzelne Themen hatte. Schneiders Eltern hatten damals noch gar nicht die Wahl, ihn auf eine andere Schule schicken zu können. Er merkte zudem an, dass es viel zu wenig Hortplätze für schwerstbehinderte Kinder gebe.

### **Viele Betriebe schaffen die Quote nicht**

Auch den Arbeitsmarkt hat die Inklusion noch nicht durchdrungen. Moderatorin Marie Lisa Kehler von der FAZ präsentierte Zahlen, dass 56 Prozent der hessischen Unternehmen, denen vorgeschrieben ist, Menschen mit Beeinträchtigung zu beschäftigen, die Quote nicht schaffen. 24 Prozent beschäftigen gar niemanden mit einer Beeinträchtigung. Moser wies daraufhin, dass

die Unternehmen das gerade in Zeiten des Fachkräftemangels als Chance verstehen müssten. Besonders die Altenhilfe und die Kitas böten Möglichkeiten, mehr Menschen mit Beeinträchtigungen zu beschäftigen.

Sozialdezernentin Elke Voitl sagte, dass es eine unternehmerische Verpflichtung sei, alle Menschen in der Stadt im Blick zu haben. Es sei aber noch eine Menge Überzeugungsarbeit notwendig, damit Unternehmen überhaupt den Schritt gehen. Betriebe, die bereits Menschen mit Beeinträchtigungen beschäftigen, würden positive Erfahrungen machen. Damit würde man gern werben.

„Eine Beeinträchtigung ist immer noch eine Stigmatisierung“, sagte die Dezernentin. Nicht nur im beruflichen Umfeld, sondern auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext. Hier bedürfe es eines Umdenkens. Zwar erfülle die Stadt mit elf Prozent die Quote, man sei aber optimistisch, „dass wir da noch mehr können bei der Stadtverwaltung“. Auch im Vergleich zu anderen Großstädten sei man etwa beim Beteiligungskonzept deutlich weiter, „das ist aber kein Grund, sich darauf auszuruhen“.

Am Thema Leichte Sprache erklärte Schneider, wie viel Potenzial es noch gibt. So seien die Texte auf Beipackzetteln besonders schwierig für Menschen mit Beeinträchtigungen. Als auch die Moderatorin zugab, dass diese Texte für sie kompliziert seien, sagte Elke Voitl, dass auch sie in der Regel lieber Texte in Leichter Sprache nutze. Es zeigte sich, dass die Inklusion allen zugutekommen kann. STEVEN MICKSCH

**Frankfurt** - Die Stadt Frankfurt organisiert zum ersten Mal überhaupt am Freitag, 16. und Samstag, 17. Juni den sogenannten „Pride Month“. Das verkündete Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne) gestern im Ausschuss für Diversität, Beteiligung, Zusammenhalt und Europa. Im „Stolz-Monat“ kommen weltweit Menschen aus den LSBTQI+ Communities zusammen und feiern die Freiheit oder protestieren gegen Hass und Gewalt gegen queere Menschen.

Das große Vorbild für Eskandari-Grünberg ist dabei die Frankfurter Partnerstadt Toronto, wo anlässlich des „Pride Month“ in allen Vierteln Regenbogenfahnen und Plakate aufgehängt werden, berichtete die Grünen-Politikerin. Der erste „Pride Month“ soll am Bermudadreieck in der Innenstadt mit einer großen Bühne stattfinden.

„Wichtig ist, dass wir in den nächsten Jahren auch in die Stadtteile gehen und nicht nur in der Zentrale sind“, sagte Eskandari-Grünberg.

Außerdem sollen möglichst viele Institutionen und Vereine mitgenommen und angesprochen werden. Es gebe bereits sehr viele Anmeldungen und Vereine, mitmachen wollen, berichtete die Bürgermeisterin. „Ich würde mich freuen, wenn der ‚Pride Month‘ eine Tradition wird.“ An der Sensibilisierung müsse weiter gearbeitet werden.

Derweil hat der Koordinierungskreis mit Vertretern der queeren Community der Polizei und Politik getagt, berichtete die Bürgermeisterin. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Römer, Dimitrios Bakakis, warb dafür, dass mehr Stadtverordnete an den Sitzungen teilnehmen. tim

**Frankfurt** - Hannah Dewor von „ID\_Frankfurt“, einem Zusammenschluss freischaffender Künstler:innen, sagt, sie sei am Donnerstagabend in den Kulturausschuss gekommen, um über den Kulturetat zu sprechen. In der Presse habe sie gelesen, der Kulturetat soll in diesem Jahr etwa 20 Millionen Euro sparen; die freie Kulturszene alleine wäre mit einer pauschalen Kürzung von 4,6 Millionen Euro betroffen. Gleichwohl sage die Kulturdezernentin, an der freien Szene werde nicht gespart. Wie gehe das zusammen? Das interessiert auch Michael Müller (Linke) und Jutta Ditzfurth (Ökolinx), die um Auskunft bitten. Kulturdezernentin Ina Hartwig (SPD) sagt: „Ich kann ihre Sorgen nachvollziehen.“ Dann beschwichtigt sie: Bei den Zuschussempfängern werde es keine Kürzungen geben. „Ich halte meine schützende Hand darüber.“ An der kulturellen Infrastruktur werde nicht gespart. „Ich werde auch keine Museen schließen.“ Die Frage von Michael Müller und Jutta Ditzfurth, ob es denn einen Inflationsausgleich für die Zuschussempfänger gebe, verneint Hartwig. Es werde nicht gespart, aber Erhöhungen gebe es auch nicht.

Monika Linhard von „Koalition der Freien Szene Frankfurt“, die die Interessen der freien Kunstschaaffenden vertritt, weist im Ausschuss auf deren prekäre Lage hin. Zur Erinnerung: Etwa 1500 bildende Künstler könnten sich für insgesamt 80 000 Euro städtische Fördermittel bewerben. Das reicht für etwa 30 größere Projekte. „Wir werden in Anträgen Schwerpunkte setzen und die Kultur askömmlich gestalten“, kündigt Uwe Paulsen (Grüne) an. Florian Leclerq